

Papst und Profit

Armut: Business ist die Lösung

Sozial ist, was Arbeit schafft, sagte einst die SPD. Und müsste dies nicht auch die Kirche so sehen? Der blinde Fleck der katholischen Soziallehre ist die Arbeit des Unternehmers.

Gastkommentar

von

Martin Rhonheimer

5.4.2016, 05:30 Uhr

14

[Kommentare](#)

Der Leiter des vatikanischen Wirtschaftssekretariates, Kardinal George Pell, erklärte kürzlich an einer Konferenz in Rom, es gebe keine bessere Wirtschaftsordnung als die Marktwirtschaft. Sie habe den Westen zur Blüte gebracht. Der entscheidende Faktor wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts sei das freie Unternehmertum, sagte der oberste «Finanzchef» des Vatikans weiter – und wörtlich: «Wenn wir die Weltwirtschaft wirklich nachhaltig ankurbeln wollen, dann wird Business und nicht Regulierung eine führende Rolle spielen müssen.» Das sind zunächst einmal erstaunliche Worte eines katholischen Würdenträgers.

Auch

[Papst Franziskus](#)

meinte als Erzbischof von Buenos Aires, den Armen helfe man am besten, indem man ihnen Arbeitsmöglichkeiten verschaffe. Als Papst allerdings – wobei er dies ausdrücklich als seine persönliche Meinung, nicht als kirchliche Soziallehre verstanden wissen wollte – geisselte er Kapitalismus und Marktwirtschaft als die Ursache der Marginalisierung der Armen. Er sprach in seinem ersten apostolischen Schreiben von einer «Wirtschaft», die «tötet», und zur Lösung der Probleme rief er nach mehr Staat und Politik. Doch lässt sich Armut per Knopfdruck beseitigen?

Die Aufgabe des Staates ist es zunächst einmal, Rechtssicherheit und Eigentumsrechte zu garantieren. Sie bilden die Voraussetzung aller wirtschaftlichen Entwicklung, die stets von Individuen ausgeht. Es sind die Risikonehmer – also Unternehmer und Kapitalgeber –, die in einer freien Gesellschaft jene Arbeitsplätze schaffen, die dem Papst (und nicht nur ihm) am Herzen liegen.

Aus sozial engagierten kirchlichen Kreisen hört man solche Ansichten jedoch kaum. Weit mehr ertönt von dort der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit, der da meint: höhere Besteuerung der Reichen und mehr Umverteilung. Man fragt: «Wie entsteht Armut?», und sucht die Schuldigen. Indes, diese Ausgangsfrage ist falsch, denn Armut ist der ursprüngliche Zustand des Menschen. Die richtige Frage wäre vielmehr: «Wie entstehen Reichtum und

Massenwohlstand?» Aus der Geschichte ergibt sich klar die Antwort: durch freies Unternehmertum und freien Tausch, also Kapitalismus und Marktwirtschaft.

Schimpfwörter?

Hier liegt gleichsam der blinde Fleck der katholischen Soziallehre. Profitorientiertes Unternehmertum hat in ihr einen schweren Stand. Die blossen Wörter «Profit» und «Kapitalismus» bringen manche in Rage. Johannes Paul II. hat in seiner Enzyklika «Centesimus annus» für Kapitalismus und Marktwirtschaft zwar eine Lanze gebrochen, sie aber dennoch nur unter Vorbehalten gelobt. Ebenso prekär steht es in kirchlichen Kreisen um die Idee des Privateigentums, obwohl gerade die christliche Tradition dieses stets rigoros verteidigte. Reflexhaft wird heute an den – an sich ebenso traditionellen – Grundsatz erinnert: «Eigentum ist nicht absolut, es ist dem Prinzip der allgemeinen Bestimmung der Güter dieser Erde untergeordnet», um daraus in verhängnisvollem Kurzschluss den modernen Sozial- und Verschuldungsstaat mit seiner enormen Steuerbelastung und den ökonomischen Fehlanreizen zu rechtfertigen.

Ganz anders die frühere katholische Soziallehre, die gerade im Privateigentum das probate Mittel dafür sah, dass die Güter dieser Erde allen Menschen zugutekommen. Dieser Tradition war noch der Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler verpflichtet, so in seiner Schrift von 1864 über

[«Das Christentum und die Arbeiterfrage»](#)

. Er verteidigte darin das Privateigentum als Grundlage der individuellen Freiheit und beklagte «das Project der durch Majoritäten decretierten Staatshilfe» und «ein immer weiter ausgebildetes Steuer- und Zwangssystem, an dem sämtliche Staaten fast zu Grunde gehen und bei denen freie Selbstbestimmung und Gesinnung gänzlich in den Hintergrund treten».

Teilen reicht nicht

Natürlich geht mit Eigentum soziale Verpflichtung einher. In der klassischen christlichen Ethik lautet deshalb die Forderung an die Reichen: Ihr müsst mit den Armen teilen, indem ihr Almosen gebt! Jahrtausendlang lebten praktisch alle Menschen auf dem Niveau von Subsistenzwirtschaft: in Armut. Historisch ist Massenwohlstand ein junges Phänomen. Almosen-Geben und Teilen sind überholte Konzepte, nicht das persönliche caritative Handeln betreffend – da werden sie aktuell bleiben –, wohl aber gegenüber dem Problem der Massenarmut.

Sozial handelt nicht, wer gute Absichten hat, sondern wer gesellschaftliche Probleme löst. Kapitalisten verwenden deshalb ihren Reichtum in eminent sozialer Weise. Denn sie verkonsumieren ihn nicht, sondern investieren den grössten Teil. So schaffen sie Arbeitsplätze, zahlen Löhne, was wiederum die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen generiert, die ihrerseits neue Investitionen und unternehmerische Projekte lohnend machen. So kommt ein Prozess der Kapitalakkumulation und technologischen Innovation in Gang,

der die Arbeitsproduktivität steigert, das Lohnniveau und damit sukzessiv den allgemeinen Wohlstand anhebt. In den entwickelten Ländern sind heute – im Vergleich zu früheren Zeiten – alle reich.

Wirtschaftsform des Gebens

Natürlich tut der Unternehmer all dies nicht aus Nächstenliebe. Sein unmittelbares Ziel besteht darin, Gewinn zu erzielen. Gewinnen aber kann nur, wer nicht am Markt vorbeiproduziert, sondern Konsumentenwünsche befriedigt. Reicher werden kann der Kapitalist und Unternehmer in einer freien Wirtschaft nur, wenn er auch andere bereichert. Vor dem Gewinn kommt das Geben: innovative Ideen, Investitionen, Lohnzahlungen. Der Kapitalismus ist deshalb die Wirtschaftsform des Gebens, er lindert nicht Not, sondern hebt den allgemeinen Wohlstand.

Während des Arbeiterelends des 19. Jahrhundert war es schwierig, diese Zusammenhänge zu sehen. Moralische Entrüstung war naheliegender – und sie wirkt bis heute nach. Ferdinand Lassalle, formulierte auf dieser Grundlage sein «ehernes Lohngesetz»: Kapitalisten drückten zwecks Gewinnmaximierung die Arbeiterlöhne immer auf das Existenzminimum. Eine Besserstellung könne allein staatliche Sozialpolitik bewirken. Diese Idee geistert bis heute in den Köpfen vieler sozial engagierter Christen und kirchlicher Würdenträger herum. Als erster bedeutender katholischer Sozialethiker hatte sie der Jesuit Heinrich Pesch (1854–1926) vertreten. Mit ihm begann die Umorientierung der katholischen Soziallehre zu einem «dritten Weg» zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Seine Schüler Oswald von Nell-Breuning und Gustav Gundlach waren die Hauptverfasser der Enzyklika «Quadragesimo anno» (1931), die dem freien Markt die staatlich organisierte «soziale Gerechtigkeit» als Regulativ aufpfropfte. Dieses entsprach Peschs Überzeugung, dass eine kapitalistische Wirtschaft systembedingt die Arbeiterschaft im Elend gefangen halten werde und deshalb der Staat eingreifen müsse als Organisator und Garant von Solidarität und Nächstenliebe.

Dieser Sicht liegt die – letztlich marxistische – Idee eines Interessenantagonismus von Kapital und Arbeit zugrunde. Leo XIII. hatte sie in seiner Enzyklika «Rerum novarum» (1891) zwar explizit verworfen, nicht aber ihren tiefer liegenden Irrtum erkannt, der besagt: Nur Arbeiter arbeiten, während das Kapital sich im Gegensatz zur Arbeit definiert. Dem liegt jedoch eine verkürzte Sicht von Arbeit zugrunde, welche die Arbeit des Kapitalisten und Unternehmers übersieht. Der Entgegensetzung von Kapital und Arbeit entsprang die fatale Vorstellung, Kapitalisten bzw. Unternehmer könnten allein dank ihren Arbeitern reich werden – ja, eigentlich gehörten Fabriken und Produktionsanlagen den Arbeitern, denn ohne sie würde ja keine einzige Maschine laufen.

Ohne unternehmerische Initiative und Visionen, ohne Risiko- und Verschuldungsbereitschaft, ohne innovative Ideen ihres Arbeitgebers hätten die Arbeiter allerdings weder Maschinen noch Arbeit oder Lohn. Seine

unternehmerische Leistung schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern steigert die Produktivität aller involvierten Arbeitskräfte um ein Vielfaches, oft ins Unermessliche. Das darf sich auch in entsprechender Entlohnung des diesen Mehrwert schaffenden Unternehmers niederschlagen. Den Arbeitern wird dabei nichts vorenthalten: In Form ihres Lohnes erhalten sie gemäss ihrer Produktivität den ihnen zustehenden Anteil am Umsatz des Unternehmens, sozusagen ihren Anteil am Bruttogewinn. Und sie erhalten ihn, bevor der Erlös in der Kasse klingelt. Der klassische Unternehmer und Kapitalist erhält, wenn überhaupt, die «Lohntüte» als Letzter, ohne vertragliche Absicherung und mit vollem Risiko.

Verdienter Reichtum

Ist das ein System der Ausbeutung? Wohl eher eines der wechselseitigen Bereicherung. Unternehmer, Arbeitgeber, Kapitalisten, Investoren: In Wirklichkeit sind sie die Wohlstandsgeneratoren. Mögen sie doch, wenn sie erfolgreich sind und hohe Risiken getragen haben, reich werden!

Den grössten Teil dieses Reichtums werden sie in der Regel wieder investieren und damit erneut Wohlstand schaffen. Solange Reichtum und unternehmerischer Erfolg nicht auf gesetzlicher Privilegierung, Subventionen und politischer Verfilzung beruhen, tragen sie zum Gemeinwohl bei. Durch öffentliche Verschuldung hingegen werden wir ärmer, zumindest die künftigen Generationen. Kardinal Pell hat also den Nagel auf den Kopf getroffen. Man mag hoffen, dass seine Einsicht – Business ist die Lösung – auch in kirchlichen Kreisen immer mehr Raum gewinnt und ökonomisch unaufgeklärten Moralismus zu überwinden hilft.

Prof. Dr. Martin Rhonheimer lehrt seit 1990 Ethik und politische Philosophie an der Päpstlichen Universität Santa Croce in Rom und ist seit 2015 Präsident des von ihm mitbegründeten Austrian Institute of Economics and Social Philosophy in Wien, wo er gegenwärtig lebt.